

Verbietet Atomwaffen!

Zu: „Luftwaffe trainiert in NRW für Atomkrieg“, FR-Politik vom 14. Oktober

Auf Seite 9 berichtet die Frankfurter Rundschau am 14.10.: Die deutsche Luftwaffe trainiert in NRW für Atomkrieg. Gemeint ist die Teilnahme auch deutscher Pilot*innen am jährlich stattfindenden Nato-Manöver „Steadfast Noon“. Dabei wird unter anderem in Nörvenich und Büchel, wo 20 Atombomben lagern, die Bestückung von Tornado-Jagdflugzeugen mit Atombomben und deren Abwurf geübt.

Grundlage dafür ist die sogenannte „Nukleare Teilhabe“ (besser: Nukleare Gefangenschaft), die völkerrechtswidrig ist. Denn laut Atomwaffensperrvertrag dürfen Nichtnuklearwaffen-Staaten Atomwaffen weder mittelbar noch unmittelbar annehmen geschweige denn einsetzen.

Der Internationale Gerichtshof hat schon 1996 entschieden, dass Atomwaffeneinsätze generell gegen das Völkerrecht verstoßen. Der Taschenkarte der Bundeswehr zufolge ist deutsches Soldat*innen der Einsatz von Atomwaffen verboten.

Unlängst hat auch der Mainzer Bischof Kohlgraf in Anschluss an Aussagen von Papst Franziskus die ethische Unzulässigkeit des Einsatzes von und der Drohung mit Atomwaffen betont.

75 Jahre nach Hiroshima und Nagasaki ist es höchste Zeit, dass Deutschland dem Atomwaffenverbotsvertrag beiträgt.

Armin Lauen, Bonn



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:
069 / 2199-3666

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Leserbrief@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschriften auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden zusätzlich auch online veröffentlicht – im FR-Blog, der Fortsetzung des Print-Fforums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/lf-20201019. Übersicht: frblog.de/aktuell

FR ERLEBEN

Andreas Schwarzkopf moderiert die Podiumsdiskussion „Alte Freunde – neue Partner? Die US-Präsidentenwahl 2020“ der Deutschen Atlantischen Gesellschaft mit dem Grünen-Bundestagsabgeordneten Omid Nouripour, dem Politologen Stefan Fröhlich von der Uni Erlangen und Josef Braml von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik. Anmeldung für den Live-Stream: https://zoom.us/join/zoom/register/WN_JYrzQZ9URN69jtYCyivSXg
Mittwoch, 21. Oktober, 18.30 Uhr.

Tobias Schwab moderiert das Forum Entwicklung zum Thema „Corona als Weckruf“ mit Harald Lesch (Wissenschaftsjournalist), Tropenmedizinerin Dr. Gisela Schneider (Difäm-Direktorin) und Matthias Rempel (GIZ, Abteilungsleiter Südliches Afrika). Anmeldung unter www.fr.de/annmeldung (Stichwort „Forum Entwicklung“).
Donnerstag, 22. Oktober, 18.30 Uhr
Museum für Kommunikation, Schaumainkai 53, Frankfurt

Thomas Kaspar moderiert das Virtuelle Podium im Rahmen der Reihe „Dialog im Museum“ zum Thema „Datenschutz unter Quarantäne. Was ist legal, was erscheint legitim“. Infos und Anmeldung: <https://www.impact.hs-rm.de/de/teilverhaben/dialog-im-museum/>
Dienstag, 27. Oktober, 19 Uhr

Aus der Zeit gefallen

Zum Fußballspiel Deutschland gegen die Schweiz vom 13. Oktober

Bei dem Fußball-Länderspiel Deutschland gegen die Schweiz fielen die Blicke, nicht zuletzt der leeren Ränge wegen, zwangsläufig auch auf die beweglichen Bilder der Band-Reklame. Dabei warb im Stadion eine nicht ganz unbekannte deutsche Sportartikelfirma am sprichwörtlich „laufenden Band“ – bei uns natürlich auf Englisch – mit dem Spruch „Fast is to slow“.

Schnell ist also nach Meinung der Reklameleute noch zu langsam. Diese Firma hat offenbar noch nicht ganz verstanden, dass dieser Spruch in der jetzigen weltweiten Corona-Krise aus der Zeit gefallen, aber auch noch in einem anderen Sinne völlig daneben ist. Denn dieser tatsächlich rasante fiese Virus zwingt uns zum Innehalten. Von wegen immer schneller, höher und weiter. Und nicht wenige Menschen ziehen auch die richtigen Schlüsse daraus, passen sich der veränderten Lebenssituation an, drehen den Spruch um und machen damit klar, dass derzeit sogar langsam oft noch zu schnell sein kann.

Dietmar Kinder, Elsdorf-Heppendorf

Im Fadenkreuz von Terror und Hass

Zu: „Mord an Lehrer erschüttert Frankreich“ und „Die Pflicht trotz Terror“, FR-Politik und -Meinung vom 19. Oktober

Eine schreckliche Horrortat

Man muss nicht, wie ich, selbst dem Berufsstand angehören und zahllose französische Kolleginnen und Kollegen kennen, die aufopferungsvoll ihren Dienst tun, um entsetzt zu sein über eine solch schreckliche Horrortat.

Und man muss nicht seherische Fähigkeiten besitzen, um zu erkennen, dass nach „Charlie Hebdo“ und „Bataclan“, nach Journalistinnen und Journalisten sowie fröhlichen Jugendlichen, nun ein Signal gesetzt wurde, mit dem eine neue Zielgruppe ins Fadenkreuz von menschenverachtendem Terror und Hass gerät: die französische Lehrerinnen und Lehrer. Sie werden viel Mut aufbringen müssen, um nicht der Angst und dem Schrecken zu weichen.

In tiefer Trauer und Verbundenheit mit den französischen Kolleginnen und Kollegen

Werner Engelmann (F)

Von der Pflicht, unsere Rechtsordnung zu achten

Peter Rutkowski zählt in seinem Kommentar verschiedene Pflichten auf. Seine Aufzählung ist unvollständig. Ich ergänze:

Wir haben die Pflicht, genau hinzusehen und nicht vorschnell zu urteilen. Herr Rutkowski schreibt: „Das grausige Verbrechen in Conflans vom Freitag ist eine Terrortat, aber deshalb (sic!) auch die Tat eines Einzelnen...“. Das ist zumindest vorschnell geurteilt. Die französische Polizei hat gleich mehrere Personen im Umfeld des Täters festgenommen. Warten wir ab, was sie ermittelt. Und unlogisch ist die Argumentation Rutkowskis auch, denn eine Terrortat muss natürlich nicht die eines Einzelnen sein.

Zu unseren Pflichten gehört es auch, die Errungenschaften der europäischen Aufklärung entschlossen zu verteidigen. Zu diesen Errungenschaften gehört,

dass der Absolutheitsanspruch der Kirchen und ihrer Lehre relativiert wurde, mit der Folge, dass Glaubensgemeinschaften im demokratischen Staat und in der aufgeklärten pluralistischen Gesellschaft öffentliche Infragestellung aushalten müssen. Sie stehen nicht außerhalb der Kritik. Das gilt für alle Glaubensgemeinschaften, auch für den Islam. Und das bedeutet aber auch die Pflicht, Karikaturen zuzulassen, und zwar auch solche, die sich gegen religiöse Symbole richten. Man muss die Mohammed-Karikaturen nicht mögen. Ich finde sie geschmacklos. Aber es darf sie geben. Sie sind von der Meinungsfreiheit unserer Verfassung gedeckt.

Alle Glaubensgemeinschaften haben zu respektieren, dass es im demokratischen Rechtsstaat ein Vorrecht der staatlichen Ordnung vor den Regelwerken religiöser Glaubensgemeinschaften gibt. Und Personen, die hierher nach Europa fliehen, weil sie in ihren Herkunftsländern politische oder religiös motivierte Verfolgung zu befürchten haben, sind verpflichtet, unsere Rechtsordnung zu achten.

Tilmann Stoodt, Königstein

Diese Karikaturen sind kein Ausweis von Aufgeklärtheit

Stellen Sie sich bitte folgendes Szenario vor: In Europa übernehmen überall rechte Parteien die Macht. Und Sie verlieren als Medienschaffende, also Angehörige der „Lügenpresse“, sofort Ihre Stelle in den nunmehr gleichgeschalteten Medien, werden zudem bedroht und sehen keine andere Möglichkeit, als Zuflucht in einem islamischen Land zu suchen, beispielsweise in Marokko. Dort kommen Sie mit wechselnden Jobs schlecht und recht über die Runden, Ihre Kinder gehen in staatliche Schulen.

Im Unterricht fällt es einem Lehrer ein, die Überlegenheit des Islam über Christen- und Judentum herauszustellen. Speziell den Opfertod Christi stellt er als

absurde, dem gesunden Menschenverstand nicht zugängliche Konstruktion dar. Ebenso die Geschichte vom angeblich auserwählten Volk Israel. Dazu zeigt er eine Karikatur des gekreuzigten Christus mit erigiertem Penis. Oder die Israeliten in der Wüste, die nicht Manna, sondern Kaninchenscheiße essen.

Selbst wenn Sie seit Langem vollkommen säkular leben und nichts mit der christlichen oder jüdischen Religion am Hut haben, versteht ihr Kind – und verstehen Sie – dieses Vorgehen als persönliche Demütigung, als auftrumpfende Diskriminierung, zumal die ganze übrige Klasse die Geschichte sehr komisch findet.

Natürlich werden Sie in dieser Situation nicht zum Mörder. Aber vielleicht kann dieses Gedankenexperiment etwas deutlicher machen, dass die berühmte laizistische Doktrin in Frankreich in Verbindung mit der faktischen Diskriminierung muslimischer und anderer in prekären Verhältnissen lebender Zuwanderer kein Ausweis von Aufgeklärtheit, noch weniger von einem Eintreten für die allgemeinen Menschenrechte ist, sondern ein Dominanz-Diskurs, der sich bestens mit dem Vortreten gleicher Rechte für alle Bürger vereinbaren lässt.

Unter diesen Bedingungen illustrieren die Mohammed-Karikaturen nur das Recht der Mehrheit, die religiöse Identifikation einer Minderheit zu verhöhn. Susanne Roether, Frankfurt

Seit Jahren wird Frankreich von Terror heimgesucht

„... aber deshalb auch die Tat eines Einzelnen“ schreibt der Autor. Weiß er mehr, als die Polizei erlaubt? Seit Jahren wird Frankreich von islamistischen Anschlügen heimgesucht. Dabei starben mehr als 250 Menschen. Alles Einzeltäter/innen?

Max Steinacher, Tübingen

Diskussion: frblog.de/paty

Altenfeindlichkeit ist nicht akzeptabel

Corona-Pandemie: „Oma grüßt die Enkel per Tablet“, FR-Regional vom 9.

Meines Erachtens wäre es wichtig, einmal darüber zu schreiben, wie sich Altersrassismus angesichts von Corona zunehmend in unserer Gesellschaft ausbreitet. Scheinbar bemerkt niemand wie verletzend es ist, tagtäglich verbal damit konfrontiert zu sein. Es wäre wünschenswert, wenn gerade jüngere Wissenschaftler, Journalisten oder Experten die sich öffentlich äußern, moralisch gefordert werden, indem sie sagen müssen, wie nicht nur Kinder zu schützen sind, sondern auch alte Menschen von 80 Jahren und jenseits davon, die bisher ein selbstständiges Leben führen.

Über 80-Jährige leben nicht alle im Pflege- oder Altenheim. Viele dieser Menschen haben zwar Krankheiten, die sie zu Risikopersonen machen, stehen

aber dennoch bisher voll im Leben und sind nicht alle dem Tode nahe. Oft sind sie gesellig, politisch oder sportlich unterwegs und dem Leben sehr zugewandt. Sie tun alles, um sich vor Corona zu schützen und die Statistik der Todesfälle niedrig zu halten. Gleichzeitig wird dies – die geringe Zahl der Toten – von vielen Menschen als Beleg für die Ungefährlichkeit des Virus herangezogen. Ist das nicht ein Skandal?

Dass alte Menschen nur in Nebensätzen Erwähnung finden und dabei so behandelt werden, als spielten sie keine Rolle mehr, da sie ja eh demnächst dahinscheiden bzw. an ihren Krankheiten – und nicht an Corona – sterben, hat sich inzwischen als gängiges, aber falsches Narrativ in der Gesellschaft etabliert. Damit einher geht eine manifeste

altenfeindliche Haltung, die nicht zu akzeptieren ist. Eine „Zwangsquarantäne“ durch den Rückzug aus bisherigen Aktivitäten kann und darf nicht die Lösung sein, da dies einem sozialen Tod gleicht.

Es sind die strengen Maßnahmen und Verhaltensregeln, mit denen der Ansteckungsgefahr begegnet wird, die den alten Menschen ermöglichen, weiterhin ein halbwegs selbstbestimmtes Leben führen zu können. Kürzlich hörte ich den Satz: Es ist nicht nur der Staat, der die Menschen schützen muss, es sind auch die Menschen die sich gegenseitig schützen müssen. Darauf sollte man m.E. mit mehr Nachdruck immer wieder hinweisen. P.A. (der Red. bekannt)

Diskussion: frblog.de/corona